

LEXIKON

Liberalismus – eine politisch-philosophische Lehre, die besonders die Freiheit des Einzelnen betont. Die Gewalt des Staates hat nach liberaler Überzeugung nur dann einzugreifen, wenn die Freiheit eines anderen Einzelnen verletzt wird. Der Staat soll demnach so wenig wie möglich Steuern erheben und in die Wirtschaft eingreifen. Der Liberalismus steht im Gegensatz zum Totalitarismus und zu einer Verstaatlichung. In der Bundesrepublik werden liberale Werte am ehesten von der FDP vertreten, die deshalb oft als Liberale bezeichnet werden. Die CDU versteht sich selbst als konservative, christlich-soziale, aber auch liberale Partei. Weil die Idee des Liberalismus auf verschiedene Themenfelder bezogen wird, wird das Konzept oft mit Zusätzen versehen wie wirtschaftsliberal, nationalliberal oder linksliberal. Mit sozialliberal ist eine Koalition aus SPD und FDP gemeint. Der Begriff neoliberal wird meistens im negativen Sinne verwendet, und zwar weniger von Menschen, die sich selbst als liberal verstehen.

BUCHTIPP

Hugo Müller-Vogg, bis 2001 Mitherausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und heute unter anderem Kolumnist bei der „Bild“-Zeitung, entwirft ein „Drehbuch für die rot-rot-grüne Wende“. Es beginnt am 27. September 2009, dem Tag der Bundestagswahl, und endet im Winter 2010 nach dem Platzen einer weiteren Großen Koalition. Die Geschichte ist frei erfunden – und dennoch realistisch. Denn sie bezieht ein, was die Politiker von SPD, Linkspartei und Grünen in der Vergangenheit gesagt und geschrieben haben. Ein Szenario, wie es kommen könnte.

Hugo Müller-Vogg: Volksrepublik Deutschland – „Drehbuch“ für die rot-rot-grüne Wende, 144 S., 12,90 Euro.

PERSÖNLICH



Thomas de Maizière, Kanzleramtsminister, hat dem Wunsch nach einem knalligen Wahlkampf eine Absage erteilt. „Es gibt einen Unterschied zwischen dem Wunsch von Politikern und Journalisten nach einem knalligen Wahlkampf und dem, was die große Mehrheit der Bevölkerung meint“, sagte der CDU-Politiker der in Halle erscheinenden „Mitteldeutschen Zeitung“. Er glaube nicht, dass sich die Bevölkerung „nach Pöbeleien von Politikern sehnt“.

Foto: AP

AUCH DAS NOCH

So friedlich kann trotz hohen Einsatzes der Wahlkampf sein: Auf der CD „Wir gehen wählen“ rappen die Vorsitzenden der fünf größeren saarländischen Parteien gemeinsam. Sie werben damit einseitig einträchtig gegen Politikverdrossenheit und andererseits für ihre unterschiedlichen Programme.

Mit Rentengarantie auf Wählerfang

Die Bundesregierung und die Senioren – Eine Bestandsaufnahme

Von Uwe Westdörp

OSNABRÜCK. 20 Millionen Rentner sind 20 Millionen Wähler. Die Große Koalition ist sich dessen bewusst und hat Seniorinnen und Senioren in diesem Jahr gleich zweimal erfreut: Mit einer überraschend starken Anhebung der Renten und einer Rentengarantie.

Wie sich die Bilder gleichen: Es war im Jahr 1986, da ließ Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) freudestrahlend plakatieren: „Denn eines ist sicher: die Rente.“ Blüms Nachfolger Olaf Scholz (SPD) mochte dem nicht nachstehen. Forsch drängte er auf eine Rentengarantie. Mit Erfolg: Anfang Mai hat das Bundeskabinett eine Schutzklausel beschlossen, nach der die Renten niemals sinken dürfen – auch dann nicht, wenn Bruttolöhne und -gehälter, an welche die gesetzlichen Altersbezüge eigentlich gekoppelt sind, einmal sinken.

Beide Minister hatten so ihren stark beachteten Auftritt. Doch trotz aller großen Worte bleibt die Alterssicherung eine Dauerbaustelle. Hier eine Übersicht:

Demografischer Wandel: Er ist die zentrale Herausforderung. Während 1955 fünf Erwerbstätige für die Rente eines Ruheständlers aufkamen, waren es 1991 nur noch vier und 2006 noch drei Arbeitnehmer. Tendenz: weiter fallend. Als Konsequenz hat die Koalition die Rente mit 67 durchgesetzt. Danach wird das Renteneintrittsalter, ab dem es eine abschlagsfreie Rente gibt, beginnend im Jahr 2012 bis 2029 schrittweise auf 67 angehoben. Zu-



Mal gut versorgt, mal von Armut bedroht: Rentner in Deutschland.

dem wurden einige dämpfende Faktoren in die Rentenformel aufgenommen. Folge: Nullrunden und ein Absinken des Netto-Rentenniveaus. Dies macht mehr private Vorsorge notwendig, was sich aber nicht jeder leisten kann – ein weiteres Problem.

Altersarmut: Hier spielen vier Faktoren eine maßgebliche Rolle, so Herbert Rische, der Präsident der Deutschen Rentenversicherung Bund:

„Invalidität vor Erreichen des Rentenalters, un stetige Erwerbs- und Versicherungsverläufe, Langzeitarbeitslosigkeit sowie langjährige Tätigkeit im Niedriglohsektor.“ Rische fordert unter anderem höhere Beiträge für Langzeitarbeitslose. Sie erwerben nach seinen Worten pro Jahr nur einen Rentenanspruch von 2,17 Euro. „Minilöhne führen zu Mini-Renten“, betont der Sozialverband Deutschland. Er

verlangt zur Vermeidung von Altersarmut einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro. Nach Angaben des Verbandes haben im Jahr 2007 bereits 750 000 Menschen (5,9 Prozent mehr als im Vorjahr) eine Rente unterhalb der Grundsicherung erhalten. Die Grundsicherung beträgt 625 Euro im Monat. Um dieses Niveau zu überschreiten, muss ein Arbeitnehmer gegenwärtig 25 Jahre lang Bei-

träge von einem Durchschnittsverdienst von 31000 Euro jährlich bezahlen.

Rentenhöhe: Die gesetzlichen Renten sind zum 1. Juli so stark wie seit über zehn Jahren nicht mehr gestiegen: im Westen um 2,41 Prozent, im Osten um 3,38 Prozent. Der „Eckrentner“ mit 45 Beitragsjahren und Durchschnittseinkommen erhält in den westlichen Bundesländern monatlich 1224 Euro (brutto). Tatsächlich sind viele Renten – unter anderem wegen einer geringeren Zahl von Beitragsjahren – aber deutlich niedriger. So erhielten Männer in den alten Bundesländern 2008 nach Abzug von Kranken- und Pflegeversicherung im Durchschnitt 822 Euro ausgezahlt; bei den Frauen waren es 468 Euro.

Aufgrund der Rentenreformen wird das Nettoeinkommenniveau nach Angaben des Sozialverbandes bis 2030 auf 43 Prozent fallen (nach 53 Prozent in 2004).

Finanzierung: Der Rentenbeitragsatz dürfte laut Präsident Rische bis 2013 bei 19,9 Prozent des Bruttoeinkommens bleiben. Unlängst war noch ein Absinken ab 2012 erwartet worden. Dabei waren aber Wirtschaftskrise und höhere Arbeitslosenzahlen noch nicht berücksichtigt. Nun werden im Schnitt 4,6 Millionen Erwerbslose unterstellt.

Zusätzlich zu den Beiträgen erhält die Rentenversicherung in diesem Jahr einen Bundeszuschuss von 79,2 Milliarden Euro. Das ist mehr als ein Viertel des Bundesetats. Zum Vergleich: Vor 25 Jahren waren es noch knapp 16,8 Milliarden Euro beziehungsweise 13 Prozent der Bundesausgaben.

KOMPAKT

Haben die Senioren zu viel Macht?

ao **OSNABRÜCK.** Erstmals sind mehr als ein Drittel der Stimmberechtigten bei dieser Bundestagswahl älter als 60 Jahre. Die Senioren sind damit für die Politiker eine ganz entscheidende Wählergruppe. Doch bleibt dann überhaupt noch Platz für die Interessen der jungen Menschen? Wir wollen von Ihnen wissen: Hat die Stimme der Rentner zu viel Einfluss auf die Politik? Oder haben ältere Generationen ein Recht darauf, noch stärker beachtet zu werden? Stimmen Sie ab auf www.neue-oz.de/wahl/

Forscherteam: 52,9 Prozent für Schwarz-Gelb

ddp **MANNHEIM.** Ein deutsch-amerikanisches Forscherteam sagt für die Bundestagswahl einen Wahlsieg von Union und FDP voraus. Die Universität Mannheim veröffentlichte gestern die Prognose, wonach sie auf 52,9 Prozent der Stimmen kommen. Die Prognose wurde von Thomas Gschwend vom Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung und Helmut Norpoth von der Stony Brook University in den USA erstellt. 2002 und 2005 hatten die Forscher für Schlagzeilen gesorgt, weil sie anders als große Umfrageinstitute in ihrer Vorhersage für Schwarz-Gelb keine Mehrheit gesehen hatten.

Schäuble: Hohe Terrorgefahr vor Bundestagswahl

dpa **BERLIN.** Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat erneut vor der Gefahr von Terroranschlägen vor der Bundestagswahl gewarnt. „Die Sicherheitsbehörden arbeiten sehr aufmerksam, aber die Gefahr ist unverändert hoch“, sagte er dem „Handelsblatt“. „Schauen Sie doch mal, was die Angeklagten im ‚Sauerland-Prozess‘ aussagen. Wer da noch sagt, das sind nur ein paar Spinner, die mit Knallfröschen operieren, der ist nicht von dieser Welt.“ Er fügte hinzu: „Wenn ich weiß, dass die Terroristen debattieren, ob man nicht die Deutschen am schnellsten aus Afghanistan rausbomben kann, dann muss ich das sehr ernst nehmen.“

 CDU CSU <small>näher am Menschen</small>	 SPD	 FDP <small>Die Liberalen</small>	DIE LINKE.	 BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	
<p>Das fordern die Parteien in der Rentenpolitik</p>	<p>Mit Steuermitteln</p> <p>Allen, die ein Leben lang Vollzeit beschäftigt waren, verspricht die Union eine Rente oberhalb des Existenzminimums. Diese soll bedarfsabhängig und aus Steuermitteln finanziert sein. Zudem wollen CDU und CSU Kindererziehungszeiten bei der Rente stärker berücksichtigt wissen.</p>	<p>Solidarisch</p> <p>Ziel sind Bürgersozialversicherungen. In der Altersvorsorge plädiert die SPD deshalb für eine gemeinsame Versicherung aller Erwerbstätigen – inklusive „Solo-Selbstständiger“. Die geförderte Altersteilzeit will sie bis 2015 verlängern. Ab dem 60. Lebensjahr sollen Teilrenten möglich sein.</p>	<p>Privat vorsorgen</p> <p>Die FDP setzt in der Alterssicherung auf mehr private Kapitaldeckung. Dazu sollen die private und die betriebliche kapitalgedeckte Vorsorge gestärkt werden. Das Renteneintrittsalter soll ab 60 frei wählbar sein, sofern Altersbezüge über dem Grundsicherungsniveau zu erwarten sind.</p>	<p>Gegen Kürzungen</p> <p>Die Linken stellen die gesetzliche Rentenversicherung ins Zentrum der Altersvorsorge und wollen Subventionen für private Vorsorge dorthin umleiten. Kürzungsfaktoren der letzten Reformen sollen rückgängig gemacht und alle Rentner mindestens 800 Euro zum Leben haben.</p>	<p>Unter einem Dach</p> <p>Die Grünen fordern eine Bürgerversicherung für alle. Zugleich wollen sie private Vorsorge weiter fördern. Wer „ein Leben lang gearbeitet“ oder dem Arbeitsmarkt zur Verfügung gestanden hat, soll eine Garantierente erhalten, die über der Grundsicherung in der Rentenversicherung liegt.</p>

Die Senkrechtstarter

Liberaler machen in ihrer Partei schnell Karriere

Von Frank Henrichvark

OSNABRÜCK. Das blau-gelbe „Thiele-Mobil“, mit dem der liberale Spitzenkandidat Carl-Ludwig Thiele derzeit durch Niedersachsen tourt, ist nicht allein ein Wahlkampf-Gag. Der Oldtimer, ein original Steyr-Feuerwehramtsfahrzeug von 1951, begleitet ihn bereits seit 21 Jahren. Damals noch knallrot lackiert, diente er dem frisch vermählten Ehepaar Thiele schon als Hochzeitskutsche.

Zu den Liberalen stieß Thiele bereits vor 30 Jahren. Als junger Jura-Student habe er „nicht nur schimpfen, auch was tun wollen“, sagt er heute. So kam Carl-Ludwig Thiele zur Partei Hans-Dietrich Genschers – und engagierte sich zunächst einmal in der Kommunalpolitik, im Ortsrat seiner Heimatgemeinde Nahne vor den Toren Osnabrücks.

Die weiteren Stationen seiner Karriere führten ihn zunächst in den Kreis- und Lan-

desvorstand, seit 1994 auch in den Bundesvorstand der Freidemokraten.

Er habe „einen Zeitvertrag mit dem deutschen Volke“, hat der Rechtsanwalt Thiele einmal gesagt. 1990 zog er in den ersten gesamtdeutschen Bundestag ein. „Derzeit führe ich wieder Bewerbungsgespräche“, so ergänzt der Wahlkämpfer jetzt. Und lässt gleichzeitig durchblicken, dass ihm diese Tätigkeit angesichts der Stimmlage im Lande auch viel Spaß macht.

Denn ob Regierungspartei oder Oppositionsbank: „Man kann etwas bewegen“, sagt Carl-Ludwig Thiele und nennt kleine und große Beispiele: Dass vor Kurzem in der neuen U-Bahn-Station am Brandenburger Tor eine informative Ausstellung zum Verlauf der Berliner Mauer zu sehen ist, geht auf einen vom Abgeordneten Thiele eingebrachten interfraktionellen Antrag im Deutschen Bundestag zurück. Vielleicht sein größter Erfolg dagegen

war die auch vom Verfassungsgericht gewollte Freistellung des Existenzminimums im Steuerrecht.

Seit Jahren engagiert sich Carl-Ludwig Thiele im Finanzausschuss des Bundestages. Das ist jenes Gremium, in dem die Einnahmen der Bundesregierung definiert werden – und ohne den Haushaltsausschuss und das Kabinett kein Geld zum Ausgeben in der Schublade hätten. Für Laien mag das eine staubtrockene Materie sein, immerhin ist das Zahlenwerk in drei telefonbuchdicken Wälzern niedergelegt; ihn fasziniert die Aufgabe: Dass Haushaltsrecht sei schließlich „das vornehmste Recht des Parlaments“, sagt Carl-Ludwig Thiele.

Neben dem alten Hasen Carl-Ludwig Thiele im Wahlkreis 40 hat die FDP im Osnabrücker Land einen Newcomer aufgetrieben. Ein Ministeramt strebe er nicht unbedingt an, sagt Matthias Seestern-Pauly (25) denn auch freimütig. Gleichwohl ist der



Auf Tour mit einem blau-gelben Oldtimer: Der niedersächsische FDP-Spitzenkandidat Carl-Ludwig Thiele und sein Parteifreund Matthias Seestern-Pauly.

Foto: Egmont Seiler

Student der Germanistik und Geschichte (gerade hat er seine Bachelor-Arbeit abgeschlossen, eine Untersuchung zur alliierten Bombenkriegsstrategie am Beispiel Dresden) ein Beispiel dafür, wie schnell man bei den Freidemokraten Karriere machen kann: 2002 Eintritt bei den Jungen Liberalen und ein Jahr später in die FDP, wurde Seestern-Pauly bereits

Ratsherr und sogar Fraktionsvorsitzender (als einer von zweien) in seiner Heimatstadt Bad Iburg.

Noch sei der Wahltag für die Bürger sehr weit weg, der Wahlkampf gar nicht richtig auf Touren gekommen, sagen die beiden Liberalen übereinstimmend. Gleichwohl: „Es macht richtig Spaß“, berichtet der Spitzenkandidat Thiele, der in den nächsten Wo-

chen jeden Wahlkreis in Niedersachsen besuchen will und dabei viel Rückenwind verspürt. „Die zentralen Themen werden Arbeit und Wachstum sein. Denn es hat in der Bundesrepublik noch niemals eine solche Krise gegeben“, sagt Thiele dazu, „die Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung können nur aus der Mitte der Gesellschaft kommen.“